

Die Chance auf eine bestmögliche Ausbildung ist ein urliberales Anliegen. In der Schweiz und insbesondere im Kanton Basel-Stadt haben wir erfreulicherweise grundsätzlich einen sehr guten Zugang zu Bildung, doch zeigt die Praxis im Umgang mit Stipendien, dass es an Effizienz und an zeitnahen Lösungen fehlt.

Häufig wird die finanzielle Unterstützung erst Monate nach Studienbeginn ausbezahlt, was Betroffene dazu zwingt, auf Übergangslösungen zurückzugreifen – sei es durch private Kredite, übermässige Erwerbsarbeit oder das Hinauszögern von Studienplänen. Solche Umstände widersprechen dem Prinzip der Chancengleichheit.

Besonders in Fällen, in denen Verzögerungen nicht im Einflussbereich der Studierenden liegen – etwa durch verspätete Mitwirkung Dritter oder durch administrative Prozesse – braucht es pragmatische Lösungen, wie Vorschusszahlungen oder eine bessere Kommunikation und Betreuung der Antragsstellenden.

Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen darauf ab, das System gerechter, transparenter und effizienter zu gestalten und damit einen klaren Beitrag zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit im Sinne liberaler Werte zu leisten.

Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Stipendiensystem dahingehend zu überarbeiten, dass:

- Erstanträge auf Ausbildungsstipendien prioritär behandelt werden, um insbesondere Studienanfängerinnen und -anfängern frühzeitig finanzielle Sicherheit zu ermöglichen;
- Stipendien an Personen, die bereits im Vorjahr Stipendien erhalten haben, nach einer administrativen Vorprüfung als Vorschuss ausbezahlt werden, damit während der laufenden Prüfung keine finanzielle Lücke entsteht. Zu viel bezogene Gelder sind zurückzuerstatten;
- Verzögerungen aufgrund fehlender Unterlagen, insbesondere wenn diese nicht im Verantwortungsbereich der Antragstellenden liegen, nicht automatisch zu einer Ablehnung oder zu massiven Verzögerungen führen, sondern angemessen mit Zwischenlösungen wie Vorschussregelungen überbrückt werden können;
- die gesamte Bearbeitungsdauer für Stipendiengesuche durch Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltung deutlich verkürzt wird, um Planungssicherheit und Chancengleichheit für alle Antragsstellenden zu gewährleisten.

Raoul Furlano, Melanie Eberhard, Lorenz Amiet, Bruno Lötscher-Steiger, Annina von Falkenstein, Sandra Bothe, David Jenny, Anouk Feurer, Catherine Alioth